



# Acht plus zwei - ein wichtiger Schritt zu einem leistungsstärkeren Thüringen

Die Erfolgreiche Durchführung einer Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform gehört zu den wichtigsten Herausforderungen Thüringens. Was CDU-geführte Vorgängerregierungen jahrelang verschleppt haben, geht Rot-Rot-Grün, so wie es im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, Schritt für Schritt an. Am 11. Oktober nun stellte Innenminister Dr. Holger Poppenhäger den Vorschlag für die Kreisgebietsreform der Öffentlichkeit vor. Er basiert auf einem Gutachten von Prof. Dr. Jörg Bogumil, der sich mit der Thematik intensiv befasst hatte und im Ergebnis einen bevorzugten Neugliederungsvorschlag für Thüringen macht. Das Gutachten kommt zum Ergebnis, dass ein Modell mit acht Landkreisen und zwei kreisfreien Städten (Erfurt und Jena) alle Kriterien des Vorschaltgesetzes vollständig erfüllt und alle Kreise mittelfristig deutlich von den größeren Gebietseinheiten und der sich daraus ergebenden Erhöhung der Leistungsstärke profitieren werden.

Grundlage der neuen Kreiskarte sind, neben verfassungsrechtlichen Vorgaben, die Festlegungen des Vorschaltgesetzes zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen, das der Thüringer Landtag am 2. Juli 2016 beschlossen hatte. Darin wurde festgehalten, dass

- die Landkreise mindestens 130.000 und höchstens 250.000 Einwohner (bezogen auf das Jahr 2035) und eine maximale Fläche von 3.000 Quadratmetern haben sollen,
- die Bildung neuer Landkreise durch Zusammenschluss der bestehenden Landkreise erfolgt. Eine Aufteilung des Gebietes bestehender Landkreise grundsätzlich unterbleiben soll,
- die kreisfreien Städte 2035 mindestens 100.000 Einwohner aufweisen sollen,
- die kreisfreien Städte durch Eingliederungen von Umlandgemeinden gestärkt werden sollen, soweit dies der Neubildung der Landkreise nicht entgegensteht und
- insbesondere die Städte und Gemeinden, die als Ober- und Mittelzentren ausgewiesen sind, durch Eingliederungen vergrößert werden sollen.



### Mit dem Vorschlag zu den Kreisstrukturen kann jetzt konkret diskutiert werden

Der Kommunalexperte der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Frank Kuschel, begrüßte den Vorschlag ausdrücklich und sprach von einem „weiteren Baustein der notwendigen Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform, die seit fast zwei Jahrzehnten von der CDU blockiert wurde“. Damit werde nun „ein weiterer wichtiger Schritt hin zu leistungsfähigeren Strukturen gegangen“.

Der Vorschlag des Ministers berücksichtige Beschlüsse und Initiativen der kommunalen Ebene. Das betraf unter anderem die Fusion des Wartburgkreises mit der Stadt Eisenach und das vorgeschlagene Zusammengehen des Ilm-Kreises mit dem Landkreis Gotha. Bereits mit der Erarbeitung und Verabschiedung des Vorschaltgesetzes für die Gebietsreform sei ein umfassender Diskussions- und Anhörungsprozess gestar-

tet worden. Mit dem nun vorgestellten Vorschlag könne man jetzt konkret über Kreisstrukturen diskutieren. „Wir stehen deshalb am Anfang und nicht am Ende dieses Prozesses“, betonte Frank Kuschel. Er wird der Fraktion empfehlen, diesem Neustrukturierungsvorschlag zu folgen. Zudem müsse die Landesregierung eine Konkretisierung des Kataloges der Aufgaben vornehmen, die kommunalisiert werden können.

Mit Blick auf das jüngste Urteil des Oberverwaltungsgerichts zur Rechtswidrigkeit der Kreisumlage im Landkreis Nordhausen werde einmal mehr klar, dass es nicht nur um eine Vergrößerung von Landkreisen gehe, sondern sowohl Aufgaben als auch Finanzierung neu geordnet werden müssen. Der am 3. November stattfindenden Anhörung des Innenausschusses im Landtag zum Gesetz über die Grundsätze der Funktional- und Verwaltungsreform komme in diesem Zusammenhang eine bedeutende Rolle zu.

Wie der Innenminister sagte, werde die Landesregierung die Umsetzung der Reform in den Kreisen genau beobachten, wie etwa die regionale Verteilung der Ämter und Behörden. Rot-Rot-Grün legt größten Wert darauf, dass die Bürger ihre Verwaltung gut erreichen können. Dazu wird u.a. ein Netz von Bürgerservicebüros geschaffen.

Es wird ein umfassendes Anhörungsverfahren der Landkreise, Städte und Gemeinden sowie der Einwohner zum Gesetzentwurf zur Gebietsreform geben, der Mitte nächsten Jahres dem Landtag vorgelegt werden soll.

Die Auflösung der alten Landkreise und die Neubildung der Landkreise und kreisfreien Städte könnten entweder zum 1. Januar 2018 oder zum 1. Juli 2018 erfolgen. Hinsichtlich der Kreisnamen habe es sich bereits seit 1994 in Thüringen bewährt, dass die endgültige Entscheidung darüber die neuen Kreistage der künftigen Landkreise treffen. ■

## Mitbestimmen und mitentscheiden

„Der Mauerfall und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten haben einen Gewinn an Freiheit und Demokratie gebracht. Doch auch 26 Jahre später ist die Einheit noch immer nicht vollendet“, sagte Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzenden der Linksfraktion, anlässlich des Tages der Deutschen Einheit. Und weiter: „Viele Versprechen wurden gebrochen. Es gibt weder wirtschaftlich noch sozial gleichwertige Lebensverhältnisse. Ostdeutschland wird strukturell benachteiligt, siehe Gefälle bei Löhnen, Gehältern und Renten. Weiterhin bestimmen soziale Lage, Milieu- und Schichtzugehörigkeit die Chancen der Menschen. Ostdeutschland ist davon besonders stark betroffen. Auch die wirtschaftlichen Kahlschläge nach 1990 durch die Treuhand und Co. haben tiefe Spuren hinterlassen.“

DIE LINKE wird weder die sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten noch die Hetze der Antidemokraten von AfD und Pegida akzeptieren. Wir machen uns für eine Angleichung der Lebensverhältnisse und eine soziale, demokratische und freie Gesellschaft stark. In Thüringen reagiert die rot-rot-grüne Landesregierung auf diese Herausforderungen: Wir schaffen für Langzeiterwerbslose Arbeit, setzen sozialen Ausgleich und die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land wieder auf die Tagesordnung, stärken aktiv Demokratie und Mitbestimmung und haben neue Wege in der Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte vereinbart. Mehr Demokratie heißt nicht, jenen hinterher zu laufen, die am lautesten schreien. Mehr Demokratie bedeutet, mehr Menschen die Möglichkeit zu geben, über immer mehr Bereiche ihres Lebens und der Gesellschaft selber mitbestimmen und entscheiden zu können. ■

# Für menschenwürdige Arbeit

**Der Welttag für menschenwürdige Arbeit findet seit 2006 jährlich am 7. Oktober statt. Aus diesem Grund lud die Fraktion DIE LINKE Gewerkschafter, Betriebsräte, soziale Initiativen und interessierte Menschen mit und ohne Arbeit in den Thüringer Landtag ein, um die Situation prekärer Beschäftigung zu analysieren und gemeinsam öffentlich für gute Arbeit in allen Bereichen einzutreten.**

Ina Leukefeld, Arbeitsmarktpolitikerin der Linksfraktion im Thüringer Landtag, sagte während eines Presseggesprächs zum Tag der menschen-

Die Veranstaltung eröffnete Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow, neben ihr die Arbeitspolitikerin der Linksfraktion Ina Leukefeld. Mit besonderer Spannung verfolgt wurden die Ausführungen der Journalistin und Autorin Caro Lobig, die mit dem Team Walraff unterwegs war.



würdigen Arbeit: „Die stetige Zunahme von Arbeitsplätzen, mit denen Betroffene weder ihr Leben bestreiten noch ihre Familie versorgen können, muss ernsthaft bekämpft werden.“

Zur anschließenden Tagung wurden konkrete Beispiele menschenunwürdiger Arbeitsbedingungen besprochen, diskutiert und die Frage beleuchtet, wie es besser gelingen kann, gerade hier in Thüringen mit einer rot-rot-grünen Landesregierung, Beschäftigte zu bestärken, sich für die Durchsetzung ihrer Rechte einzusetzen. Nach der Eröffnung der Veranstaltung durch Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Fraktion

DIE LINKE im Thüringer Landtag, folgte der Einstiegsbeitrag „Deutschland auf dem Weg in die prekäre Vollerwerbungs-gesellschaft?“ von Dr. Thomas Eilt Goes vom Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) e. V. an der Georg-August-Universität.

Dr. Goes veranschaulichte die Veränderungsdynamiken in der Erwerbsarbeit, bei der es zu Beginn vor allem um die Wirkungen des technisch-organisatorischen Wandels auf Arbeitsteilung, Qualifikationsentwicklung und Arbeitsbewusstsein in der industriellen Produktion ging. Anhand von Grafiken und empirischen Daten wurden Entwicklungslinien, bei einer

auf der Spur ist. So gab sie einen intensiven Einblick in ihre Arbeit als Journalistin, bei der sie u.a. selbst drei Monate lang als Lagerarbeiterin beim Onlineunternehmen Zalando im Logistikzentrum Erfurt arbeitete. In ihrem Rede- und Filmbetrag schilderte sie intensiv ihre Erfahrungen als Angestellte, sprach über Leistungsdruck von Vorgesetzten, tägliche Arbeit an der Schmerzgrenze bis hin zur Überwachung der Mitarbeiter. Caro Lobig verwies außerdem auf ähnliche Untersuchungen von betroffenen Beschäftigten in medizinischen Bereichen und Pflegeeinrichtungen. Es wurde deutlich, dass prekäre Be-

möglichen Prekarisierung der Arbeitslandschaft, dargestellt. Auch Sandro Witt, stellvertretender Vorsitzender des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen machte aus gewerkschaftspolitischer Sicht auf die Notwendigkeit eines solchen Tages aufmerksam und mahnte gleichzeitig die Risiken der Entwicklung der prekären Arbeitsverhältnisse für die aktuellen und zukünftigen Lebensverhältnisse der Menschen an.

Ebenfalls Gast und Gesprächspartnerin war die freie Journalistin und Autorin Caro Lobig, die mit dem Team Walraff deutschlandweit verdeckt ermittelt und prekärer Beschäftigung

schäftigung viele Seiten hat, die angefangen von Hungerlöhnen und unsicheren Arbeitsverhältnissen bis hin zu unwürdigen Arbeitsbedingungen reichen. Umso wichtiger ist ein solcher Tag, um auf das Recht auf „Gute Arbeit“ aufmerksam zu machen.

Da unbefristete, tariflich abgesicherte und mitbestimmte Arbeitsverhältnisse in den letzten Jahren immer mehr zurückgedrängt wurden, gab es in der abschließenden Diskussion eine rege Unterhaltung über aktuelle Tendenzen, Perspektiven und mögliche Verbesserungsvorschläge.

Steffi Schmidt  
Fotos: Peter Lahn ■

## FRAKTION IN AKTION

### Genossenschaften

Rot-Rot-Grün im Landtag hat eine Initiative zur besseren Unterstützung von Genossenschaften und anderen Formen des solidarischen und demokratischen Wirtschaftens gestartet. Es sollen Förderhemmnisse abgebaut und auch neue Förderwege entwickelt werden, die vor allem dem ländlichen Raum und der Daseinsvorsorge der Menschen dienen. Die Genossenschaftsinitiative bündelt ein Maßnahmenpaket in ganz unterschiedlichen Bereichen, etwa der Aktualisierung bestehender Förderprogramme, der Prüfung möglicher Förderlücken, der Zulassung des Wirtschaftlichen Vereins als weiteres Instrument (damit wurden etwa in Rheinland-Pfalz viele Dorfläden aufgezogen) und der Unterstützung von Genossenschaften in anstehenden Bundesratsbelangen. ■

### Große Themenbreite beim Bürgerdialog der Linksfraktion

Die 28 Abgeordneten der Landtagsfraktion DIE LINKE sind in ihren Wahlkreisen in Thüringen auf vielfältige Art und Weise mit den Menschen im Gespräch. Seit diesem Jahr gibt es dafür auch den Bürgerdialog „Fraktion vor Ort“.

Auftakt war in Gera und im September waren Mitglieder der Fraktion in Kahla. Neben Fachgesprächen stand eine Podiumsdiskussion im Rathaussaal auf dem Programm (s. Foto). Die thematische Breite war, wie auch schon bei der Auftaktveranstaltung, sehr groß. Sie reichte von der Windenergie und dem Umgang mit geflüchteten Menschen bis zu Fragen der Gebietsreform.

Die nächste „Fraktion vor Ort“-Veranstaltung findet am Dienstag, den 25. Oktober, in Schleiz statt. Neben den bereits genannten Themen soll



es verstärkt um die Sozial- und Pflegepolitik gehen. Die Abgeordneten besuchen eine Einrichtung der Tagespflege für behinderte Menschen, stehen Rede und Antwort am Infostand

auf dem Marktplatz (ab 16 Uhr) sowie am Abend bei einer öffentlichen Podiumsdiskussion. Sie beginnt um 18 Uhr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Oschitzer Str. 2. ■

# „Kein Wort zur Verantwortung“

Die von der AfD-Fraktion mit der Vorlage eines Gesetzentwurfs „Zum Schutz des öffentlichen Raumes als Sphäre der Freiheit“ ausgelöste Landtagsdebatte am 29. September war dem innenpolitischen Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Steffen Dittes, Anlass für einige grundsätzliche Anmerkungen. Dazu Auszüge seiner Rede aus dem Plenarprotokoll:

Ich will auf die Parallelen bei der AfD zum Rechtsextremismus, zum Neonazismus und auch zum religiösen Fanatismus und Fundamentalismus eingehen. Der Abgeordnete Höcke hat das Tragen einer Burka mit der Straftat eines Mordes gleichgesetzt. Das zeigt doch eines, dass es nicht nur darum geht, dass möglicherweise mit dem Gesetzentwurf formale verfassungsrechtliche Grenzen überschritten werden, das zeigt doch, dass die AfD-Fraktion es einfach nicht wahrhaben will, dass seit 1945 in diesem Land ein anderer Wertgeist herrscht, der dann Ausdruck gefunden hat in den Grundrechten der Artikel 1 bis 12 des Grundgesetzes.

Sie negieren den freien Charakter dieser Gesellschaft, denn ein Grundsatz der Freiheit einer Gesellschaft ist die persönliche Handlungsfreiheit. Die Grenze der persönlichen Handlungsfreiheit ist dort zu ziehen, wo die Handlungsfreiheit anderer beschränkt und beschnitten wird. Mord, und ich denke, das ist jedem klar, beschränkt die Handlungsfreiheit des Opfers final und fundamental. Aber das Tragen einer Verschleierung setzt doch mich in meiner Handlungsfreiheit nicht unter Druck, es begrenzt doch meine Handlungsfreiheit nicht, sondern ...

*(Zwischenruf Abg. Olaf Kießling, AfD: Doch, diese ist eingeschränkt worden!)*

Das mag ja bei Ihnen der Fall sein, bei mir ist es nicht der Fall. Das zeigt doch, dass Sie gar nicht auf dem Weg sind, möglicherweise die Freiheit anderer zu verteidigen, sondern Sie bewegen sich mit Ihrem Gesetzentwurf auf einem weiten Schritt hin zu einem totalitären System, das Vorschriften

machen will für Menschen, in ihrer individuellen Handlungsfreiheit beschränkt zu sein, ohne dass es dafür einen Grund gibt in der Beschränkung der Freiheit anderer oder möglicherweise bei dem Entstehen von konkreten Gefahren.

Aber Sie haben in dieser Woche noch ein weiteres widerliches Beispiel für Ihre Ideologie geliefert. Am



Montag kam es in Dresden zu zwei verurteilenswerten Anschlägen. Ziele waren ein Kongresszentrum sowie eine Moschee. Die Polizei sprach von einem professionell gebauten Sprengsatz.

Wir haben immer deutlich gemacht, dass derartige Straftaten auch Folgen dieser rassistischen, antimuslimischen Ideologie und Demonstrationen und Aufrufe der AfD sind. Aber anstatt dass sich die AfD mit ihrer politischen Verantwortung für derartige Anschläge auseinandersetzt, sorgt sich der Abgeordnete Höcke um den Ruf seiner AfD. Wenn Sie die Presseerklärung der AfD zur Hand nehmen,

*(Zwischenruf Abg. Astrid Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist so perfide!)*

dann ist dies die große Sorge. Kein Wort der Solidarität gegenüber den Opfern, kein Wort zur eigenen politischen Verantwortung, kein Wort zum Klima, das in diesem Land durch die AfD geschürt wird, er bemängelt und kritisiert, solche Taten verengen das Meinungsklima und schüren reflexartig Ressentiments gegen die Opposition zu den Altparteien – wer damit

gemeint ist, das hören wir ja hier bei jedem Redebeitrag.

Wer einen solchen Anschlag deswegen verurteilt, weil das Ansehen der AfD dadurch gefährdet wird, der hat nicht verstanden oder nimmt es einfach in Kauf, dass dieses Klima der Angst, dieses Klima der Drohung

weiter geschürt wird und dass Menschen diese Einstellungen, die da vermittelt werden, irgendwann in Taten umsetzen. Aber Sie dokumentieren damit auch noch was anderes, nämlich, dass es Ihnen durchaus bewusst ist, dass es einen Zusammenhang zwischen Ihrer Politik und diesen schändlichen Taten gibt.

Wir werden den Gesetzentwurf ablehnen – nicht deshalb, weil er von der AfD kommt, sondern weil er dem Grundgedanken einer freien Gesellschaft widerspricht, weil er Menschen ausgrenzt, diskriminiert, diskreditiert und unter Generalverdacht stellt und weil er eben ein Schritt hin zu einer totalitären Gesellschaft darstellt.

Foto: Thüringer Landtag

## KURZ UND PRÄGNANT

### Jedermann-Konto:

Nach einer Untersuchung der Verbraucherzentralen hinken die Banken beim sozial gerechten Basiskonto (Jedermann-Konto) nicht nur hinterher, sie verweigern das gesetzlich verpflichtende Angebot oder verlangen überhöhte Gebühren. Diana Skibbe, Verbraucherpolitikerin der Linksfraktion, fordert die Einhaltung der Vorgaben und eine umfassende Information an die Kunden.

### Bahnpreis-Erhöhlungen:

„Die geplanten Preissteigerungen treffen ausgerechnet Vielfahrer, also Stammkunden, und liegen weit über der Inflationsrate. Gerade nach monatelangen Streckensperrungen z.B. zwischen Weimar und Jena oder bei der Saalebahn sollte sich die Bahn um Kundenbindung bemühen. Verlorenes Vertrauen lässt sich nur durch Pünktlichkeit, Service und Zuverlässigkeit zurückgewinnen. Oder durch neue Zugverbindungen und Angebote“, so die Verkehrspolitikerin der Linksfraktion Dr. Gudrun Lukin.

### Glyphosat-Einsatz:

Rot-Rot-Grün im Landtag hat Einschränkungen des Einsatzes von Glyphosat gefordert. Mit dessen Verwendung müsse es „u.a. im Kleingartenbereich, an Verkehrsflächen, in öffentlichen Anlagen und bei der Vorerntebehandlung endlich vorbei sein. Wir brauchen klare Erlasse, damit Kommunen und Anwender genau wissen, was erlaubt ist und was nicht“, sagte die Agrarpolitikerin der der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Dr. Johanna Scheringer-Wright.

[www.die-linke-thl.de/presse/pressemitteilungen/](http://www.die-linke-thl.de/presse/pressemitteilungen/)

## NACHRICHTEN

### Erbschaftssteuer

Thüringen hat der Reform der Erbschaftssteuer im Bundesrat nicht zugestimmt. Finanzministerin Heike Taubert sagte, dass diese nicht mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz zusammenpasse. Auch die LINKE hatte im Landtag ihre Ablehnung betont, da den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts für eine gerechte Besteuerung besonders reicher Erben nicht entsprochen wurde. Es sei ein Rückfall in den Feudalismus, wenn Minderjährige durch Unternehmensübertragungen zu Multimillionären werden und fast vollständig von der Erbschaftssteuer befreit sind. In den nächsten zehn Jahren werden jedes Jahr 300 Milliarden Euro vererbt oder verschenkt, dafür seien Steuern von nur fünf Milliarden im Jahr entschieden zu wenig. ■

### Landesstrategie

Bei der Erarbeitung der Landesstrategie „Mitbestimmung junger Menschen“ beschreitet die rot-rot-grüne Landesregierung auch im Bundesvergleich Neuland. Entsprechend der Vereinbarung im Koalitionsvertrag werden die direkten Mitbestimmungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen ausgebaut. Jugendministerin Dr. Birgit Klaubert (LINKE) hatte in der letzten Landtagsitzung mit Verweis auf die dazu gegründete Arbeitsgruppe mit Vertretern u.a. aus der Wissenschaft und der Kommunalpolitik betont, dass die Landesstrategie „nicht am grünen Tisch entsteht, sondern diese Arbeitsgruppe hat sich unter der Moderation der Naturfreunde zusammengefunden und dort wird es Praxisfenster geben, in denen unmittelbar Kinder und Jugendliche in



die Erarbeitung einbezogen werden“. Sie nannte die Kinder- und Jugendparlamente sowie „die Möglichkeiten, die wir durch die Absenkung des Kommunalwahlalters auf 16 Jahre in Thüringen haben. Immer wieder wird die Frage gestellt, warum nicht das passive Wahlalter 16 eingeführt wurde. Das ist noch etwas, womit wir uns beschäftigen sollten“. ■

## TERMINE

### Landtagssitzungen:

Die letzten Plenarsitzungen in diesem Jahr sind anberaumt vom 9. bis 11. November sowie vom 7. bis 9. Dezember. Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraktion melden (Tel. 0361 3772295).

### Fachkonferenz:

Zur Konferenz „Die Thüringer Vergabep Praxis gestalten – sozial, ökologisch, innovativ“ laden die Landtagsfraktion DIE LINKE und das Europabüro Gabi Zimmer am 4. November, 10 bis 17 Uhr, nach Eisenach, Duale Hochschule, Alte Aula, ein. Nähere Informationen im Internet unter:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

# Trendwende zum Nachteilsausgleich

NACHGEFRAGT bei Karola Stange, Sprecherin der Linksfraktion für Behindertenpolitik

Der Landtag hat in erster Lesung den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Thüringer Blindengeldgesetzes beraten. In drei Schritten soll bis 2018 das Landesblindengeld von jetzt 270 Euro auf 400 Euro angehoben werden. Damit wird ein weiteres Vorhaben aus dem rot-rot-grünen Koalitionsvertrag umgesetzt. Sie haben im Landtag von einer echten Trendwende gesprochen, warum?

Weil ein wirklicher Nachteilsausgleich erreicht wird, der zuvor unter den CDU-geführten Vorgängerregierungen in Thüringen nicht möglich war. Im Gegenteil, da gab es sogar eine Zeit, da war das Blindengeld vollständig gestrichen worden. Übrigens ein Verfassungsbruch, denn die Thüringer Verfassung schreibt in Artikel 2 Abs. 4 die Pflicht eines konkreten Nachteilsausgleichs für Menschen mit Behinderung vor.

Überfällig war auch, dass nun mit den Taubblinden eine Gruppe von Sinnesbehinderten in den Kreis der Anspruchsberechtigten aufgenommen wird, die bisher leer ausgegangen ist. Thüringen wird damit vom Schlusslicht zu einem Bundesland im Mittelfeld des Ländervergleichs. Die Anhebung des Nachteilsausgleichs ist auch angesichts der Verpflichtungen des Landes zur Umsetzung des UN-Abkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen dringend geboten.

Sie haben im Landtag darauf hingewiesen, dass mehr als 11.000 Menschen in Thüringen als Blinde bzw. Sehbehinderte eine Anerkennung nach dem Schwerbehindertengesetz haben. Welche Begründung gibt es, dass nicht alle vom Blindengeld profitieren?

Aus Gleichbehandlungsgründen muss die Sehbehinderung trotz „Restsehfähigkeit“, so der Fachbe-



griff, der Situation eines blinden Menschen entsprechen. Wir wissen, genau das ist ein Problem, denn eine Vielzahl von hochgradig sehbehinderten Menschen wartet auf einen Nachteilsausgleich in Form eines Blindengeldes oder eines Nachteilsausgleichs. Ich kann da nur meinen Kollegen der Koalitionsfraktionen zu-

stimmen, an der Stelle hätten wir gehofft, dass mit dem Bundesteilhabegesetz ein Nachteilsausgleich für alle Menschen mit Behinderungen kommt. Das scheint in dem jetzigen Gesetzentwurf nicht so angedacht zu sein. Aber wir sagen auch, Blindengeld für die circa 4.100 oder 4.200 anspruchsberechtigten Thüringerinnen und Thüringer ist kein Almosen, es ist nicht nach Gutdünken oder Haushaltslust zu verteilen. Finanzielle Nachteilsausgleiche sind für sinnesbehinderte Menschen von besonderer Bedeutung, weil sie in starkem Maße auf spezielle Hilfsmittel angewiesen sind, um möglichst selbstbestimmt im Alltag zu sein und am Leben der Gesellschaft uneingeschränkt teilnehmen zu können.

Daher auch drängen Sie auf das Gehörlosengeld?

Entsprechende seit Jahren von Behindertenverbänden und Selbstvertretungen der Gehörlosen erhobene Forderungen sind voll und ganz berechtigt. Es darf keine Diskriminierung zwischen den einzelnen Betroffenenengruppen von behinderten Menschen geben. Auch Gehörlose - laut Landesamt für Statistik sind 873 Personen nach dem Schwerbehindertengesetz als gehörlos anerkannt - haben nach dem UN-Behindertenrechtsabkommen und der Thüringer Verfassung ein Recht auf diese Nachteilsausgleiche.

Foto: Karola Stange (M.) bei einer Demo im Frühjahr vor dem Landtag. ■

## Unterstützung für Schulhof-Projekt

Eine Spende der Alternative 45 Erfurt e.V., des Vereins der Landtagsabgeordneten der Fraktion übergab Michael Lemm, Vorsitzender des LINKE-Kreisverbandes Wartburgkreis-Eisenach, zusammen mit Julian Schmidt, Mitarbeiter im offenen Jugend- und Wahlkreisbüro RosaLuxx., im Namen der LINKE-Landtagsabgeordneten Kati Engel dem Förderverein der Oststadtschule Eisenach, staatliche Gemeinschaftsschule e.V.

Mit dem Geld wird das Projekt „Schulhof als aktiver Lern- und Erfahrungsraum“ unterstützt. Ziel des Projektes ist es, den Schulhof so umzugestalten, dass er für die Schülerinnen und Schüler tatsächlich zu einem Raum für Bewegung und gemeinsames Erleben werden kann.

Aus Protest gegen die automatische Diätenerhöhung nach Artikel 54 der Landesverfassung – eine Klage der Fraktion war leider nicht erfolgreich – haben 1995 die Landtagsabgeordneten der PDS (heute DIE LINKE) den Verein Alternative 45 Erfurt e.V. gegründet, der Gelder aus den Diäten-Erhöhungen als Spenden gemeinnützigen Vereinen, Initiativen und Projekten zukommen lässt.

Allein im September hat die Alternative 45 an 26 Vereine und Verbän-



de in Thüringen Zuwendungen in einer Gesamtsumme von 10.300 Euro ausgereicht. Bisher wurden in diesem Jahr 173 Projekte mit 65.700 Euro gefördert, besonderes Augenmerk lag auf Vorhaben im Bildungsbereich.

Seit Gründung des Vereins vor 21 Jahren wurden mehr als 1,1 Millionen Euro aus den Abgeordneten-Diäten gespendet.

Foto (v.l.n.r.): Antje Peter-Biehl (Vorsitzende Förderverein der Oststadtschule), Julian Schmidt (Mitarbeiter im offenen Jugend- und Wahlkreisbüro RosaLuxx.), Josephine Ebert (Schulsprecherin Oststadtschule), Katrin Hellmann (stellvertretende Direktorin Oststadtschule) ■

## Nebenbei Notiert

von Stefan Wogawa

### Emotionen statt Inhalt

Der Vorschlag der Landesregierung zur Gebietsreform in Thüringen ist veröffentlicht. Bei einem (dringend notwendigen) Vorhaben dieser Größenordnung ist es völlig normal, dass es auch Kritik gibt. Merkwürdig ist jedoch das weitgehende Fehlen inhaltlicher Argumente in aktuellen Stellungnahmen. Stattdessen viel Emotion mit bombastischen Übertreibungen. Auffällig ist, dass sich viele Besitzstandswahrer äußern.

Ein CDU-Bürgermeister jammert über eine „Katastrophe für unsere Heimat“. Gleichzeitig freut er sich über einen Beitritt zu seiner Landgemeinde im Rahmen der (finanziell geförderten) Freiwilligkeitsphase. Ist das glaubwürdig?

Diana Machalet, Vorsitzende der VG Riechheimer Berg, wütet in einer Regionalzeitung. Ihr ist es schon zu viel, dass Landtagsabgeordnete von ihren Rechten Gebrauch machen und sich per parlamentarischer Anfrage über die Haushaltssituation der VG informieren, nachdem sie selbst Informationen verweigert hatte. Willkommen in der Demokratie!

Im Weimarer Land droht der hinreichend berüchtigte Landrat Hans-Helmut Münchberg mit Klage. Das Amtsblatt des Kreises dürfte künftig wieder verstärkt die Spielwiese für seinen publizistischen Bekehrungswahn werden. Schon in der letzten Ausgabe des im Volksmund wegen der landrätlichen Ergüsse „Münchberg-Pravda“ genannten Pamphlets drückte er den Lesern gleich drei eigene Artikel aufs Auge.

Etwas anders reagiert man in Weimar. Dort werden Spaßgranaten gezündet. Ein „Lied“ soll die Kreisfreiheit retten. Dazu hat Hans-Peter Henning das berühmte „Rennsteiglied“ brutal vergewaltigt. Der neue Text, von dem Henning glaubt, er habe ihn „gedichtet“ (der Text ist mehr schlecht als recht gereimt), argumentiert, Weimar sei „so cool“. Nur gut, dass Goethe das nicht mehr erleben muss. ■

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint in UNSERE NEUE ZEITUNG.

**Herausgeber:**

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

**Redaktion:**

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.